

## II. Das Versagen des sozialistischen Planwirtschaftssystems

In diesem Kapitel werden die Funktionsschwächen des zentralgeplanten Wirtschaftssystems dargestellt und die zentralen Ursachen, die den Wandel in den ehemals sozialistischen Staaten bewirkten und damit die Bereitschaft zur Transformation bedingten, erklärt.

Die Analyse der Schwierigkeiten der sozialistischen Wirtschaftssystemen wird mit Hilfe der Institutionsökonomie vorgenommen, da die Institutionen als Arrangement oder Regeln rechtlicher, administrativer und sozial akzeptierter Art sozialistisch-wirtschaftliche Interaktion begründen und sie die vorhersagbaren Effekte hinsichtlich des Verhaltens ökonomischer Akteure und der ökonomischen Ergebnisse ermöglicht. Diese begründeten Ordnungsstrukturen bedingen tatsächlich ein Wirtschaftssystem in sozialistischen Ländern, das auf administrativem Wege zustanden gekommen ist aufgrund der Durchsetzung der Ordnungsideen einer herrschenden politischen Machtelite.

### 1. Die sozialistisch-wirtschaftlichen Ordnungsstrukturen

#### 1.1. Die zentral verwaltete Wirtschaft<sup>28</sup>

In den meisten sozialistischen Ländern wird der Wirtschaftsplan durch die mächtigste bürokratische Behörde, d.h. die nationale Planungsbehörde, vorbereitet und bestätigt. Er wird vom Parlament verabschiedet. Die Zeitspanne des Plans bezieht sich auf kurzfristige, jährliche und mittelfristige, d.h. gewöhnlich Fünfjahrespläne in der Sowjetunion und Siebenjahrpläne in Nordkorea. Um die sozialistisch-wirtschaftliche Verhaltenweise zu verstehen, muss der gesamtwirtschaftliche Plan betrachtet werden. Dieser gesamtwirtschaftliche Plan umfasst im weiteren Sinne jeden Tätigkeitsbereich in der Wirtschaft und wird im engeren Sinne lediglich auf die Planung der produktiven Sphäre beschränkt. Seine Ausführung ist obligatorisch und die Verwirklichung des Plans wird einem spezialisierten Apparat: dem nationalen Planungsbüro und den Planungsabteilungen der Ministerien, Direktoren, Firmen und anderen Organisationen übertragen. Der spezialisierte Planungsapparat nimmt aktiv an den formellen und informellen Änderungen des Planes und an der Verwaltung im Ganzen teil.

---

<sup>28</sup> Die Bezeichnung zentral verwaltete Wirtschaft ist angebracht, da sie die Rolle der zentralen bürokratischen Koordinierung und Kontrolle besser zum Ausdruck bringt.

Die wichtigste Methode, die die höhergestellten Behörden benutzen, um die niedriger gestellten in allen ihren Entscheidungsfindungs- und Verwaltungsfragen zu kontrollieren, ist lediglich der Befehl. Obwohl die Planungsbehörde eine Alternative zur Verfügung stellen kann, Überredung, Überzeugung, Druck, auch Belohnungen und Strafen nimmt sie es meist in Anspruch, die Untergebenen durch dem Befehl zur Ausführung zu zwingen. Belohnungen und Strafen sind nicht direkt an die Leistungen gekoppelt, sondern dienen offensichtlich dazu, Disziplin und Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten zu stärken.

Unter diesen Umständen wird anhand ordnungstheoretischen Gesichtspunkten die sozialistische Planwirtschaft in der prinzipiell zentrale Planung, Lenkung, Leistung und Kontrolle der volkswirtschaftlichen Produktions- und Distributionsprozesse ausgedrückt. Das bedeutet, dass Zusammensetzung, Umfang und Verwendung des Sozialprodukts durch die mit entsprechenden Kompetenzen ausgestatteten Institutionen administrativ bestimmt wird. So z.B. durch die Führungsgremien der Staatspartei, die im allgemeinen die politischen und wirtschaftspolitischen Ziele formulieren können. Aber auch alle jene staatlicher Institutionen, denen die Erfüllung genuin staatlicher Aufgaben obliegt, und die, die mit der Verwirklichung der zentralen staatlichen Planung, Leitung und Kontrolle des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses befasst sind.<sup>29</sup> Die Verwirklichung zentraler Planung und Lenkung der Volkswirtschaft erfordert es aufgrund der Komplexität der durch zentrale staatliche Planung zu beherrschenden Allokations- und Distributionsprozesse, dass sich das in der Gesellschaft verteilte Wissen zu Zwecken zentraler staatlicher Planung allenfalls nur teilweise zentralisieren lässt.<sup>30</sup> Dabei sind die Teilordnungen des Geld- und Kreditwesens der öffentlichen Finanzwirtschaft und des staatlichen Außenwirtschaftsregimes, die als integraler Bestandteil des Systems zentraler staatlicher Planung, Lenkung und Kontrolle unter dem Ordnungsspezifikum gelten, zu berücksichtigen. Diese genannten Ordnungsstrukturen bedingen ein Wirtschaftssystem, das in seinen institutionellen Ausdruck nicht, wie für wettbewerblich geordnete Marktwirtschaften beobachtbar, das Ergebnis spontaner evolutiv-rationaler Prozesse, sondern das auf administrativem Weg zustande gekommen ist, weil die Durchsetzung der Ordnungsideen einer herrschenden Machtelite den Vorrang hat.<sup>31</sup>

## 1.2. Das kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln

---

<sup>29</sup> Vgl. Klein, W. (1991), S. 83.

<sup>30</sup> In diesem Sinne verwendet Kornai (1995, S. 124-125) den Begriff der Disaggregation des Plans, der nach sogenannten Adressaten aufgeschlüsselt wird.

<sup>31</sup> Klein, W. (1991), S. 84-85.

Neben der Zentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Machtbefugnisse der herrschenden Partei kann das dominante kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln<sup>32</sup> als ein sozialistisches Ordnungskriterium bestimmt werden. Generell unterscheidet es sich in zwei Erscheinungsformen, dem staatliche Eigentum (Volkseigentum ; Grundstoffsektor, Industrie, Banken und Versicherungen, Verkehrswesen) und dem Eigentum sozialistischer Genossenschaft (meistens in den Sektoren Landwirtschaft ; Kolchosen, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften des Handwerks).

Das Staatseigentum bedeutet eine Aufteilung der Eigentumsrechte zwischen staatlichen und betrieblichen Trägern. Im Falle des Staatseigentums sind die Verfügungsrechte sowohl für die staatlichen als auch für die betrieblichen Leiter weitgehend von persönlichen Aneignungsrechten und Verantwortlichkeiten entkoppelt. Deshalb sind auch auf beiden Ebenen keine Individuen auszumachen, die für die Mehrung oder Minderung des Staatsvermögens direkt verantwortlich sind und denen die Konsequenzen der Entscheidungen in Form vom Gewinnen oder Verlusten zugerechnet werden können. Unter diesen Bedingungen entfaltet sich kein originäres Eigentumsbewusstsein.

Demgegenüber sind beim Eigentum sozialistischer Genossenschaft die Eigentumsrechte den Beschäftigtenkollektiven zu übertragen und im Wege der Selbstverwaltung wahrzunehmen. Diese Eigentumsform ist insbesondere in der Landwirtschaft von Bedeutung. In den meisten sozialistischen Ländern ist die Genossenschaft ausschließlich eine Produktions- und Verkaufsgenossenschaft. Nach der Form beruht die Organisation auf dem freiwilligen Zusammenschluss ihrer Mitglieder. Die Produktionsmittel befinden sich im gemeinschaftlichen Eigentum der Genossenschaft. Ihre Mitglieder wählen selbst ihre Leiter.

Das kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln unterscheidet sich in der Regel vom privaten dadurch, dass es individuell zurechenbare und handelbare Anteile am Produktivvermögen, mit entsprechenderen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, ausschließt. Das bedeutet auch den Ausschluss des privaten Unternehmertums. Diese Verfügungsrechte als institutionelle Arrangements bedingt wirtschaftliche Anreize und ihre gesellschaftliche Nutzung.<sup>33</sup> In den meisten sozialistischen Ländern steht sie ausschließlich dem Führungsgremium „Politbüro“ zu. Dies spiegelt sich dadurch wider, dass dieses Parteiorgan letztlich Art und Umfang der Güterproduktion, die pekuniäre und nicht pekuniäre Einkommensverteilung bestimmt und das Kontrollrecht in Bezug auf den Zugang zu und der Entlassung aus den Diensten der einzelnen Ebenen der politischen und wirtschaftlichen Verwaltungshierarchien besitzt. Diese systemty-

---

<sup>32</sup> Vgl. Leipold, H. (1991)

pische wirtschaftliche Monopolstellung der führenden Parteiorgane bildet lediglich die Voraussetzung für die Sicherung der politischen Macht und trägt nicht zu einer Stimulierung individueller Anreize und einer gesellschaftlichen effektiven Nutzung bei.

### **1.3. Das staatlich fixierte System von Güter- und Faktorpreis**

Ein weiteres sozialistisch-wirtschaftliches Ordnungsspezifikum ist die Etablierung eines prinzipiell staatlich fixierten Systems von Güter- und Faktorpreis. Dieses Kriterium gehört in weiterem Sinne zu der bereits erwähnten zentral veralteten Wirtschaft. Da das Preissystem für das Verständnis des sozialistisch-wirtschaftlichen System eine wichtige Rolle spielten, wird es im einzelnen nachfolgende erläutert.

Der vorgegebene Zweck der sozialistischen Produktion ist die Steigerung des gesellschaftlich produzierten Werts. Dabei spielen die Preise im Sozialismus nicht dieselbe Rolle wie in einem kapitalistischen System. Sie werden in jedem Falle zentral festgelegt und dienen der Erfüllung des Plans. Der Preis existiert also nicht relativ, sondern ist als Hilfsmittel für die Aufstellung und Zuweisung des Plans sowie für die Kontrolle der Planerfüllung. Das Preissystem schafft dabei kein Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch, also Angebot und Nachfrage, sondern gestattet Gewichtung und Bestimmung der aggregierten Indizien der Volumen. Zur Preisfestlegung werden in sozialistischen Planwirtschaften durch die Preisbehörden unter anderen folgende Prinzipien angewandt.

Erstens müssen die Preise die sozial notwendigen Kosten widerspiegeln. Zu den tatsächlichen Kosten werden normal betrachtete Gewinnspannen und andere Zahlungen aus dem Nettoeinkommen an die Haushalte addiert, und die Preise müssen die Summe dieser Posten abdecken. Aber die durch dieses Prinzip verursachte Verzerrung der Preise, die im folgenden beschrieben werden,<sup>34</sup> verhindert schon an sich eine konsequente Anwendung des Prinzips der Widerspiegelung der sozialen Kosten.

- Nach der marxistischen politischen Ökonomie beruht die Preiskalkulation auf den Durchschnittskosten. Daher macht ein bedeutender Anteil der Hersteller, die schlechter als der Durchschnitt sind, Verluste, obwohl ihre Produktion gebraucht wird, um die Nachfrage zu befriedigen. Das bewirkt eine weiche Budgetbeschränkung in der sozialistischen Regierung.

---

<sup>33</sup> Vgl. Dieser Aspekt wird im Kapitel II. 2 „Motivations- und Kontrollstrukturen“ wiederum behandelt werden.

- Die Landbenutzung und die Benutzung von Kapital zählen nicht zu den Kosten, und weder Miete für Grund und Boden noch Zinsen erscheinen in den Berechnungen. Auch wenn Zinsen aus pragmatischen Gründen in manchen Ländern und Perioden berechnet werden, reflektiert die Tatsache, dass die Zinssätze in den sozialistischen Ländern absurd niedrig sind, keine Kostenfaktoren.
- Das Niveau der Nominallöhne ist im Vergleich zu den Preisen bzw. Kosten anderer Faktoren unrealistisch niedrig.
- Die Kosten wichtiger Anschaffungen werden in den Kostenrechnungen nicht angemessen berücksichtigt, da die Festsetzung des landesinternen Preises für Importe von den tatsächlichen Kosten ihrer Beschaffung abweicht und der Wechselkurs willkürlich festgesetzt ist.

Zweitens sollten die Preise das Mittel sein, mit dem die Wirtschaftsführung die Produzenten dazu ermuntert, spezifische Aufgaben zu erfüllen. Zum Beispiel werden die Preise gewisser moderner landwirtschaftlicher Produktionsmitteln (Düngemittel, Maschinen) absichtlich niedrig gehalten, um damit die Verbreitung moderner Technologie zu fördern.

Drittens sollten die Preise stabil sein. Die Wirtschaftsführung hat eine außergewöhnliche Furcht vor Inflation. Um Inflation zu vermeiden, ist sie sogar bereit, die starrkrampfartige Rigidität in Kauf zu nehmen, die entsteht, wenn Preise für lange Zeit unverändert gelassen werden.

Die gleichzeitige Anwendung der drei Prinzipien hat wichtige Folgen. Sie werden unvermeidlich von der Schaffung eines komplizierten Systems fiskalischer Umverteilung begleitet. Fiskalische Umverteilung liefert die Mittel für eine Erweichung der Budgetbeschränkungen. Beispielsweise beeinflussen die Verbraucherpreise bei ihrer Festlegung die Nachfrage der Bevölkerung in der von den Regierenden gewünschten Weise. Da es aber eine harte Budgetbeschränkungen für Haushalte gibt, die sehr empfindlich auf relative Preise reagieren, und daher die Haushalte durch die Verbraucherpreispolitik sehr stark beeinflusst werden, sollte diese Bestimmung von Verbraucherpreisen dem Ziel der Einkommensumverteilung dienen. Deshalb gibt es Sondersteuern zur Erhöhung des Preises von Luxusgütern, während die Preise von notwendigen Grunderzeugnissen und Dienstleistungen durch Subventionen gesenkt werden. In manchen Fällen wird die Festsetzung von Verbraucherpreisen benutzt, um klassenpolitische Ziele zu fördern, z.B. um Einkommen von den Dörfern auf die Städte umzuverteilen.

---

<sup>34</sup> Vgl. Kornai (1995) : S. 166.

Normalerweise vermittelt der Preis in der Marktkoordinierung kurz gefasste Information über die relative Knappheit von Ressourcen und Produkten. Die relativen Preise, die in der sozialistisch Planungsökonomie festgelegt werden, willkürlich und irrational sind, und geben somit fast überhaupt nützliche Information. Zwischen der weichen Budgetbeschränkung und schwachem Gewinnstreben auf der einen Seite und der Willkürlichkeit der Preise auf der anderen, entwickelt sich ein Teufelskreis. Da Gewinnträchtigkeit nicht eine Frage von Leben und Tod für eine Firma darstellt, besitzt es keine Anreize für die Verkäufer und Käufer, sich stark für rationale Preise einzusetzen. Da die Willkürlichkeit der Preise im allgemeinen bekannt ist, lohnt es sich nicht, auf sie reagieren. Aber es scheint gerechtfertigt, Schadenersatz für angeblich durch die Verzerrungen von Kosten und Verbraucherpreis verursachte Verluste zu fordern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass bei einer staatlichen Preisfestsetzung, um die leistungs- als systemimmanente Probleme der zentralen Planung zu lösen, die Schwierigkeit zum einen aus der Berücksichtigung der Nachfrage bzw. des Gebrauchswertes resultierte. Der Preis wird nur bedingt auf der Grundlage gesellschaftlich notwendiger Selbstkosten und entsprechender Fonds festgelegt. Da die Leistung der Betriebe nicht von den direkten Leistungsempfängern, sondern von übergeordneten, nicht in den Tauschprozess eingegliederten Instanzen gemäß der Planerfüllung bewertet wird, sind die Betriebe lediglich darauf aus, die Auflagen zu erfüllen, wodurch die Qualität der Produkte nicht im Vordergrund steht. Es handelt sich lediglich um den Grad der Planerfüllung für die betriebliche Leistungsbewertung, die die tatsächliche qualitativen Leistungen widerspiegelt. Aufgrund ökonomisch falscher Preise sind Gewinne und damit prämiensbedingte persönliche Einkommen unabhängig.

Zum anderen ergaben sich weitere Schwierigkeiten aus der Kalkulation der Selbstkosten, die sich aus den Abschreibungen für Grundmittel, den Material- und Lohnkosten zusammensetzen. Ungenaue Bewertung der Grundmittel haben jedoch nicht nur ungenaue Abschreibungssätze und Basiswerte für die Gewinnzuschläge, sondern auch verfälschte Materialkosten der Zwischenprodukte zur Folge, die sich aus den Preisen der vorgelagerten Stufen ergaben. Folglich spiegeln Preise und Gewinne den volkswirtschaftlichen Effekt betrieblicher Leistungen nur unbefriedigend wider.

Als Konsequenz trägt das Preissystem in sozialistischen Planwirtschaften nicht zur Schaffung eines Gleichgewichts zwischen Produktion und Verbrauch, Angebot und Nachfrage bei. Die Preise sind nicht markträumend oder irrational, weil die Marktkoordinierung, der gegenseitige Einfluss von Angebot und Nachfrage, und Verkäufer und Käufer gewaltsam von ihrer Fest-

setzung ausgeschlossen werden. Die Hauptfunktion der Preise hier schafft nicht nur das Gewichtungssystem, sondern erlaubt auch eine Bestimmung der aggregierten Volumenindizes.<sup>35</sup>

## **2. Motivations- und Kontrollstrukturen**

Motivations- und Kontrollstrukturen in sozialistischen Wirtschaftssystemen finden sich, wie bereits erwähnt, in den Institutionen, Arrangements oder Regeln rechtlicher, administrativer und sozial akzeptierter Art, die das spezifische Muster (wirtschaftlicher) Interaktionen begründen.<sup>36</sup>

### **2.1. Die Motivationsstrukturen**

Im allgemeinen und systemunabhängig findet man die Begriffe Motivation und Motivationsstruktur in zweifacher Weise, die auch sicherlich das Versagen des sozialistischen Planwirtschaftssystems mit sich brachte. Einerseits ist die Summe jener Faktoren, die individuelles (ökonomisches) Handeln begründen, d. h. Befriedigen individueller Bedürfnisse, zu benennen. Diese geht ausschließlich auf den physischen, sozialen und sozio-kulturellen Existenzbedingungen von Menschen innerhalb bestehender Gesellschaftssysteme zurück.

Andererseits handelt es sich um die wirtschaftliche Motivationsstruktur, deren Kern als die die Motivationsstruktur eines Wirtschaftssystems bestimmenden Mechanismen die Instrumente ökonomischer Anreize bilden. Dadurch werden die Handlungen der verschiedenen Mitglieder einer Gesellschaft im positiven oder negativen Sinne sanktioniert. Wirtschaftliche Anreize und ihre gesellschaftliche Nutzung werden durch jeweilige institutionelle Arrangements, insbesondere durch Zuordnung von Verfügungsrechten, bedingt. In diesem Kontext bringen jeweilige Institutionen irgendwelche Anreizstrukturen hervor und dies führt zu entsprechenden Transaktionskosten.<sup>37</sup> Darauf laufen die ökonomischen Ergebnisse hinaus, die von dem Verhalten ökonomischer Akteure bestimmt werden können. Als ökonomische Akteure in sozialistischen Planwirtschaften lassen sich prinzipiell zwei Ebenen gruppenspezifischer politischer und wirtschaftlicher Akteure identifizieren. Sie unterscheiden sich hinsicht-

---

<sup>35</sup> Vgl. Kornai (1995), S. 164-171.

<sup>36</sup> Vgl. Klein, W. (1991), S. 87

lich der Zuordnung von speziellen Verfügungsrechten. Zum einen ist dies jene Schicht innerhalb der Staatspartei, repräsentiert durch deren Führungsgremien sowie die Angehörigen der diesen direkt oder indirekt zugeordneten Bürokratien (Nomenklatura), die politische und wirtschaftliche Macht unmittelbar ausüben. Zum anderen sind dies jene Mitglieder der Gesellschaft, die sich im wesentlichen aus den nichtprivilegierten Angehörigen der Intelligenz, den in der unmittelbaren Produktionssphäre Tätigen und institutionell dem sozialistischen Unternehmenssektor zuzurechnenden Verwaltungspersonal sowie aus den Bauern, Handwerkern und Rentnern rekrutieren.<sup>38</sup> Das Verhältnis der Akteure wird in Kapitel III, 1 eingehend erläutert werden.

Die Systemspezifischen Motivationsstrukturen beruhen in sozialistischen Ländern auf den institutionellen Arrangements, welche die Wirtschaftssystemen bedingen. Zu diesen institutionellen Arrangements zählen die Führungskräfte<sup>39</sup> und das Unternehmertum. Beide können die Anreize des sozialistischen Wirtschaftssystems positiv oder negativ ermutigen.

### **2.1.1. Die Führungskräfte**

Unter den Führungskräfte versteht man als die politischen Eliten und die Nomenklatura, die bei der Planung und Durchführung der Planung eine herrschende Rolle spielen können.

Wirtschaftspolitisch-konzeptionell lassen sich sozialistische Systeme als zentrale staatliche Planung, Leitung und Kontrolle der Volkswirtschaft beschreiben.<sup>40</sup> Deren institutionelle Gestaltung ergibt sich aus der systemtypischen Verteilung ökonomischer Verfügungsrechte.

Die Ausübung wirtschaftlicher Verfügungsrechte durch die Führungskräfte kommt in zwei Richtungen zustande. Einerseits ist der Volkswirtschaftsplan Ausprägung jener von dem Politbüro getroffenen Entscheidung über Art und Umfang der volkswirtschaftlichen Güterproduktion, wobei die Planansätze ohne ausdrückliche Zustimmung dieses Gremiums nicht verändert werden dürfen. Dieser Volkswirtschaftsplan stellt die Operationalisierung der wirtschaftliche Ziele der Partei dar. Wirtschaftshistorisch sowie ideologisch trägt er nur zu der Sicherung der Macht der Partei bei. Diesen Ausdruck findet man in der Tatsache, dass die Betonung wirtschaftliches Wachstums im Bereich des Investitionsgütersektors die Überle-

---

<sup>37</sup> Vgl. Klein, W. (1991), S. 85-86.

<sup>38</sup> Vgl. Leipold, H. (1988).

<sup>39</sup> Sie sind die mit monopolistischen Machtbefugnissen ausgestatteten politischen Führungsgremium der Staatspartei und die sogenannte Nomenklatura. Ihre Aufgabe besteht darin, die politische Machtstrukturen spezifisch durch die Beherrschung der Ökonomie zu sichern.

<sup>40</sup> Vgl. Gutmann/Klein (1984).

genheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus begründet. In historischem Ausblick spiegelte sich wider, dass die Schwerindustrie in der mit dem ersten Fünfjahrplan in der Sowjetunion von 1927/28 begonnene Entwicklungsstrategie übermäßig betont wurde. In den 50er Jahren war diese Strategie erfolgreich. In den 70er Jahren war eine Wirtschaftskrise in meisten sozialistischen Ländern ausgeprägt. In der Wirtschaftskrise versuchten die sozialistischen Ländern die Entwicklung der Wirtschaft mit Hilfe westlicher Kredite zu beschleunigen. Aber sie waren leider daran gescheitert, da diese Kredite im wesentlichen für konsumtive Zwecke und für höhere Löhne oder Konsumgüterimporte verwendet werden, um für soziale und damit politische Ruhe zu sorgen.<sup>41</sup> Diese Strategie zielte darauf hinaus, zum einen politische Gleichwertigkeit mit den entwickelten westlichen Ländern durch ausgedehnte Industrialisierungsprogramme und den Ausbau des militärisch-ökonomischen Komplex zu erreichen und zum anderen nicht zuletzt die ideologisch begründete prioritäre Verfolgung des Ziels der Vollbeschäftigung zu schaffen.

Als Folge drückten sich die Kosten dieser Strategie in bezug auf den Aufwand an Arbeitskräften und Kapital darin aus, dass sie nicht nur eine Wachstumsprozesse erzeugten, sondern auch niedrige Arbeitsproduktivität<sup>42</sup> und hohe Materialintensität sowie sinkende Kapitalproduktivität. Aus diesem hohen Akkumulationsprozess ergab sich eine mangelnde Versorgung mit Konsumgütern. Deshalb hatten nicht die herrschenden Partei- und bürokratische Eliten, sondern die unmittelbaren Produzenten sowie die Rentner die Kosten dieser Investitionsprogramme zu finanzieren in Formen von Zwangssparen respektiver unfreiwilligen Konsumverzicht und äußert niedrigem Rentenniveau. Das bedeutet, dass Entscheidungen zugunsten höherer Investitionsraten zur Erreichung der beschriebenen Ziele die Einkommen der herrschenden Partei- und Bürokratieeliten nicht tangieren. Die letztere verursacht individuelle Motivationseffekte mit negativen Produktivitätswirkungen und dadurch wiederum werden soziale Spannungen erzeugt. Im wohlfahrtstheoretischen Sinne gilt dies für die Verletzung der Präferenzen übrigen Mitglieder der Gesellschaft.

Andererseits haben bei der Ausübung wirtschaftlicher Verfügungsrechte die Parteispitze oder die Führungskräfte die Einstellungs- und Entlassungsrechte für die Mitglieder der Nomenklatur. Damit plant die Parteispitze die spezielle Überlebensstrategie der Angehörigen dieser Gesellschaftsschicht, die sich an den politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Partei

---

<sup>41</sup> Dieser Tatbestand bewirkt allmählich die Inflationsproblem oder sogar in Extremfall die Hyperinflation in den sozialistischen Ländern.

<sup>42</sup> Eine extensive Wachstumsstrategie, abgesehen von Grenzproduktivitätsüberlegungen, erfordert mobilisierte zusätzliche Ressourcen als Input.

orientiert, da andernfalls der Verlust des sozialen Status sowie von Einkommen monetärer und nicht-monetärer Art drohen.<sup>43</sup>

### 2.1.2. Das Unternehmertum

Unter dem Unternehmertum werden die privatwirtschaftlichen Unternehmern verstanden, die meistens als das Gros der neuen Unternehmer aus unterschiedlichen sozialen Schichten bestehen. Das neue Unternehmertum kann sich im wesentlichen nur aus den sozialen Gruppen der Spitzenfunktionäre (Nomenklatura) sowie aus den bürokratischen und technischen Funktionsebenen rekrutieren.<sup>44</sup>

Was das Unternehmertum angeht, bezieht sich lediglich auf die durch die unternehmerische Verfassungen begründeten Verfügungs- und Nutzungsrechte, mit denen Management und Arbeiterschaft bei der Bestimmung der Produktion und Einkommensverteilung in den gesellschaftlichen Unternehmen motiviert und kontrolliert werden können.

In sozialistischen Planwirtschaften wird eine zentralplandeterminierte mikro- und makroökonomische Ressourcenallokation durch eine entsprechende institutionelle Gestaltung der Verfassung der Unternehmen zu verwirklichen versucht. Die sozialistische Unternehmensverfassung ist nicht, wie für Marktwirtschaften begründbar, das Ergebnis einer Ausdifferenzierung entsprechender institutioneller Arrangements aufgrund von wettbewerblich-evolutionären Prozessen, sondern das Resultat bewusster Gestaltung. Staatssozialistische Unternehmen sind eingebunden in ein hierarchisch gegliedertes Planungs-, Lenkungs- und Kontrollsystem mit weitgehend bei den entsprechenden Bürokraten zentralisierten Anweisungs- und Kontrollkompetenzen.<sup>45</sup>

Durch die Planungsbehörde werden die unternehmensinternen Ziele festgelegt, die die zu verwirklichenden Faktorkombinationen und die davon abhängigen Güterproduktionen bestimmen. Diese Festlegung erfolgt aufgrund der in den jeweiligen Planungsordnungen definierten Kennziffern und Normativen. Bei Planungsprozeduren sowie den Planverwirklichungen sollten durch die jeweiligen übergeordneten Hierarchieebenen kontrolliert werden.

Für diesen Zweck spielt die materielle Bilanzierung, d.h. die Gegenüberstellung von Planaufkommen und Planverwendung von Güterfaktoren, gemessen in naturalen Größen, eine überwiegende Rolle. Sie scheitert aber an den mit einem solchen institutionellen Arrangement

---

<sup>43</sup> Klein, W. (1991), S. 87-88.

<sup>44</sup> Vgl. Hopfmann, A. (1999), S.26.

<sup>45</sup> Vgl. Klein, W. (1991), S. 90.

verknüpften außergewöhnlich hohen Transaktionskosten. Daher etablieren die meisten sozialistischen Länder ergänzende Verfahren der Planung und Koordination, die die Transaktionskosten vergleichsweise niedriger bewirken können, d.h. um sich für die Planbürokratie die Zahl der anzuweisenden und zu kontrollierenden Transaktionen zu reduzieren. Dazu gehören die Entwicklung eines systemspezifischen Preissystems und darauf beruhend eines auch in monetären Größen darstellbaren Kennziffersystems, das die Vorgabe von Planaufgaben in Form aggregierter Wertgrößen ermöglicht.

Instrumental wird die Verknüpfung von zentraler staatlicher und betrieblicher Planung über die Anwendung eines Instrumentariums von sogenannten ökonomischen Hebeln der wirtschaftlichen Rechnungsführung herzustellen versucht, die aus staatlich festgelegten Preisen von Gütern und Faktoren, Zinssätze, Abschreibungsnormen, Abgabensätze und Leistungskennziffern besteht, und über die Anwendung ökonomischer Hebeln der materiellen Interessiertheit, die zur Höhe und Struktur der Löhne sowie Kennziffern der Prämien und betrieblicher Vorgaben gehören.<sup>46</sup> Durch die Anwendung der ersten wirtschaftlichen Rechnungsführung werden eine effiziente betriebliche Planung und kontrollierbare Planungsberechnung ermöglicht und durch die letztere werden die materiellen Leistungsanreize für die Individuen erhöht. Neben den materiellen Leistungsanreizen liegen auch immaterielle Anreize vor, die eine auf Ziele gerichtete Verbindung staatlicher und betrieblicher Planung herstellen, z.B. Auszeichnungen in Form öffentlicher Präsentation, Belobigung in den Medien und Verleihung von Ehrentitel.<sup>47</sup>

Trotz dieses Mechanismus, der alle Ebenen der Planungshierarchien umfasst, hat auch analog dem Markt-Unternehmen-Kalkül die sozialistischen Wirtschaftssystemen ein unheilbarer Struktureinbruch im gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang, der sich mit jenen Ebenen befasst,<sup>48</sup> zum einen mit der Beziehungen zwischen Planbürokratie und Unternehmensleitungen und zum anderen zwischen Unternehmensleitungen und Beschäftigten.

Der erste unheilbare Struktureinbruch ergibt sich daraus, dass durch die notwendige Übertragung von Verfügungs- und Nutzungsrechten für die Unternehmensleitungen Entscheidungsspielräume und damit Möglichkeiten zu „weichen Leistungsverhalten“ eröffnet werden, indem die Unternehmen im Planungsprozess „minimale“ Planvorgaben bei „maximaler“ Ressourcenzuteilung durchzusetzen versuchen.

Als der letzte unheilbare Struktureinbruch führt in Prozess der Bestimmung und Erfüllung unternehmensinterner Planvorgaben das Bestreben, ein vertraglich zugesichertes Einkommen

---

<sup>46</sup> Vgl. Klein, W. (1991), S. 93.

<sup>47</sup> Vgl. Ebd., S. 91-92.

<sup>48</sup> Schüller, A (1986), (Hrsg.), S. 131-161.

mit möglichst geringem Arbeitseinsatz zu erlangen versuchen, auch für die Beschäftigten zu der Möglichkeiten zu „weichen Leistungsverhalten“.<sup>49</sup>

Für die beide Betrachtungsebenen ist die systemtypische Trennung von Verfügungs- und Nutzungsrechten hinsichtlich ihrer Motivationseffekte und Kontrollwirkungen von besonderer Bedeutung. Bestehen Verfügungsrechte, die zwar den Erwerb von Gütern oder deren Verwendung ermöglichen, ohne dass auch deren Ertrag genutzt werden kann bzw. der Misserfolg des eigenen Handelns verantwortet werden muss, so sinkt die Motivation zur bestmöglichen Ressourcenverwendung.<sup>50</sup> Für die Verhaltensweise der betrieblichen Entscheidungsträger spiegelt sich die Tatsache wider, dass die Zuführung zu den Fonds nicht von der absoluten Höhe des Gewinns, des Umsatzes oder der Kosten, sondern von der Differenz zwischen Ist- und Sollgrößen, z.B. von der Differenz zwischen Ist- und Sollgewinn, abhängen. Das Hauptinteresse des Betriebsleiters besteht in der Plan- bzw. Planübererfüllung. Werden die Planaufgaben und damit auch die zwischenbetrieblich abgeschlossenen Verträge nicht erfüllt, wird der Betriebsleiter als gesetzliches Vorgehen geahndet und amtlich bestraft. In der Regel bedeutet dies Entzug der privilegierten Arbeitsstelle und mindestens eine Gefährdung weiteres Aufstiegs in parteipolitische und ökonomische Hierarchien. Vor dem Hintergrund dieses Systemzusammenhangs wissen die betrieblichen Entscheidungsträger, dass die Informationen im Planentwurf, die Grundlage für die Entscheidungen der zentralen Planungsorgane bilden, da die zentrale Planungsorgane die betrieblichen Verhältnisse und Daten nicht an sich überblicken können. Durch Weitergeben der Informationen bemüht sich der Direktor oder Betriebsleiter darum, Planaufgaben vorgegeben zu bekommen, die relativ leicht erfüllbar sind, weil die Erfüllung bzw. die Übererfüllung nicht nur soziale, sondern auch materielle Anerkennung in Form der Prämien garantiert. Die Meldung gelungener Planerfüllung und hoher Steigerungsrate stellt für die Minister oder Direktoren eines Kombinates den politischen und sozialen Erfolg sicher. Sie werden daher die betrieblichen Produktionsmöglichkeiten so darstellen, dass die Auflagen bezüglich der Sollproduktion niedrig ausfällt und dagegen die Faktoreinsatzmengen, die die Kostennormative leichter ermöglichen, überhöht angesetzt werden. Das Interesse an einem ökonomisch rationalen Arbeitskraft- und Kapital- und Materialeinsatz ist also gering. Aufgrund der im diesem Prozess bezeichneten sozialistischen Soll-Ist-Logik findet kein direktes und starkes Interesse an neuen Produkte, Produktionsverfahren, neuer Technologie und an der sparsamen Verwendung der Produktionselemente statt, sondern ein dominantes Interesse an der Produktion bürokratischen Anforderungen genügender Planwerte, da die Leistung der Betriebe nicht von den direkten Leistungsempfängern, sondern von überord-

---

<sup>49</sup> Klein; W. (1986), S. 95-119.

neten Organen nach den Prinzip der Planerfüllung honoriert und bewertet wird. Aufgrund des geringen Innovationspotentials des bürokratisch-hierarchischen Systems, das Wachstum auf der Basis technischen Fortschritts (intensives Wachstum) und in ausreichendem Maße auf der Grundlage eigener Entwicklungen durchsetzen zu können, bleibt oft nur noch die Möglichkeit, innovative Prozesse durch Imitation jener Technologien vermittels staatlicher Planung zu implementieren, die sich in den entwickelten westlichen Marktwirtschaften vollzogen haben. Diese Art der Wachstumspolitik auf der Basis der Imitation technischen Fortschritts durch Technologieimport war allerdings ebenfalls wenig erfolgreich. Erfolgreiche Imitation setzt auch die Kenntnis entsprechender vorteilhafter Organisationsformen, Produkte und Verfahren voraus. In sozialistischen Planwirtschaften sind mit der Sammlung und Auswertung dieses Wissens meist spezielle Bürokrateien und Forschungseinrichtungen befasst, deren Aktivitäten sich allerdings fast völlig losgelöst von den Produktionserfordernissen der Unternehmen vollziehen. Relativ niedrige Einkommen selbst des technischen Managements fördern zudem das Desinteresse an Innovationen.

Aus der obigen Beschreibung geht hervor, dass die institutionelle Ausgestaltung der Verfügungsrechte im sozialistischen Unternehmertum nicht die tatsächliche Leistungsfähigkeit als die betriebliche Verhaltensweise mit sich bringt und somit kaum Raum für eigenverantwortlich unternehmerisches Handeln gibt. Diese Strukturen der Verfügungsrechte in den Unternehmensbereichen verhindert eine effiziente Kontrolle, die in entwickelten Industrieländern durch Mechanismen der Kapitalmärkte durchgeführt wird. Im sozialistischen Unternehmertum gibt es keine privaten Kapitaleigner, sondern immer noch Gründungsorgane als die ehemaligen Branchenministerien, die für die Ausübung der Eigentumsrechte verantwortlich und kaum in der Lage sind, eine effektive Kontrolle auszuüben.

Aus den dargestellten unternehmensspezifischen Allokationsprozessen ergeben sich „*spill-over-Effekte*“ hinsichtlich innerbetrieblicher Anpassungsreaktionen der Beschäftigten in einer Umgebung mit allgemeinen und systembedingtem Mangel an Gütern. So ist die private Aneignung und Verwendung von Betriebsmitteln aller Art durch Unternehmensangehörige ein gängiges Verfahren, ihre individuelle Wohlfahrtssituation zu verbessern. Durch diese Verhaltensweise der Betriebsangehörigen wird das Ziel der Planerfüllung gefährdet und Sanktionen der Planbürokratie können dadurch ausgelöst werden.

---

<sup>50</sup> Vgl. Leipold, H. (1983).

## 2.2. Kontrollstrukturen

In sozialistischen Wirtschaftssystemen gibt es eine Vielzahl von Kontrollsysteme mit einer Vielfalt von Kontrollrechten und -pflichten, die dem Zweck der Überwachung zieladäquater Planimplementation und Plandurchführung dienen und alle Ebenen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung verbinden können.

Als Kontrollinstitutionen verwendet die Planungsadministration die Gewerkschaft, das Bank- und Kreditsystem sowie spezielle Kontrollorganisationen, wie z.B. Betriebsparteileitungen, die staatliche Finanzrevision und spezielle Inspektionen (z.B. Arbeiter- und Bauerninspektion, staatliche Bilanzinspektion).

Obwohl in sozialistischen Planwirtschaften die Planträger auf den verschiedenen Ebenen im Prozess der Planung und Plandurchführung eine zielkonträre Nutzung persönlichen Wissens kontrollieren sollen, findet sich eine formelle und informelle oder nicht zielgerichtete Ausnutzung innerhalb der Personen, die durch Kontrollen kaum zu verhindern ist.<sup>51</sup> Dies resultierte zum einen aus den nicht heilbaren Brüchen und der im gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang dieser Wirtschaftssysteme gebildeten weichen Pläne, die selbst die Grundlage für die darauf beruhenden Kontrollprozeduren aufbauen. Zum andern ergibt sich das Versagen der Kontrollsysteme partiell aus dem solidarischen Verhalten der Gruppen und Angehörigen, die eigenen Gruppen trotz erkannten Fehlverhaltens bei Vorgesetzten nicht denunzieren. Als weiterer Moment für das Versagen der Kontrollsysteme im sozialistischen System gibt es außerdem überproportional steigende Transaktionskosten, die sich mit der Länge der Kontrollketten und verstärkter Intensität verbinden.

In Wirklichkeit trägt eine weitgefächerte und hierarchisch strukturierte Verwaltungs- und Kontrollbürokratie lediglich zu der Sicherung der politischen Macht in der Durchsetzung der staatlichen Pläne bei.

## 3. Mangel an Ressourcen und Geldüberhang

Im folgenden wird erklärt, warum Mangel an Gütern in sozialistischen Planwirtschaften entstanden ist. Im weiteren wird der darauffolgende Geldüberhang und das Horten der Gütern unter dem Begriff des Mangels an Gütern näher erläutert.

---

<sup>51</sup> Vgl. Klein, W. (1991), S. 98-99.

### 3.1. Mangel an Ressourcen

Der die sozialistischen Planwirtschaften charakterisierende Mangel an Ressourcen war Ausdruck einer generellen Überschussnachfrage bei administrativ festgelegten (und festgehaltenen) Preisen und Vollbeschäftigung. In diesem Sinne nennt man Überschussnachfrage als unterdrückte Inflation. Bevor auf die Ursachen des Mangels an Gütern näher eingegangen wird, werden ein Paar Begriffe über Inflation vorangestellt, die für das Verständnis wirtschaftlicher Mangelerscheinung und des Geldüberhangs wichtig erscheinen.

Die Inflation kann in jedem System auftreten. Sie ist immer mit einem nach oben gerichteten Druck auf die Preise von sehr vielen (und nicht nur einigen wenigen) Produkten und auf das Preisniveau als Ganzes verbunden. Der Preisanstieg kann direkt von dem Sog der Überschussnachfrage, oder den steigenden Kosten von Produkten und Dienstleistungen ausgehen oder durch Kombination von beiden. Die Nachfrage- und Kosteneffekte sind gewöhnlich eng miteinander verknüpft. Der ursprüngliche nach oben gerichtete Druck auf die Preise muss sich ständig reproduzieren, um einen inflationären Prozess zu verursachen.

In der Inflation gibt es offene Inflation und unterdrückte Inflation. Wenn das Preisniveau ohne administrativen Kontrolle ständig steigt, spricht man von „offener Inflation“. Wenn der Anstieg im Preisniveau (und der mit ihm normalerweise einhergehende Anstieg im nominalen Niveau der Löhne) durch administrative Preiskontrolle (und gewöhnlich administrative Lohnkontrolle) verlangsamt oder sogar zum Stillstand gebracht wird, findet „unterdrückte Inflation“ statt.

Weiterhin kann die Inflation von der versteckten und unterdrückten Inflation unterschieden werden. Die unterdrückte Inflation bedeutet, dass die Preis trotz des nach oben gerichteten Drucks nicht ansteigen, wohingegen im Falle der versteckten Inflation die Preise ansteigen, obwohl die offiziellen Statistiken leugnen, dass ein Anstieg stattgefunden hat.<sup>52</sup>

Unter diesem Hintergrund kann Ursache des systemspezifischen Mangels an Ressourcen in der sozialistischen Planwirtschaft, die sich mit den weichen Leistungsverhalten verursachenden Anreizstrukturen befasst, darin begründet sein, dass die Unternehmen eine fiktive Bedarfsmenge bei den übergeordneten Behörden meldet. Diese Erklärung kommt daraus, dass sowohl das Management als auch die übrigen Beschäftigten aufgrund der Planerfüllung und Planübererfüllung sich für geschönten Berichte über die je eigenen Leistungsdaten interessiert. Das spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass die Möglichkeit, Informationen über die eigenen Leistungsmöglichkeiten bis zu einem gewissen Grade verschweigen zu können,

---

<sup>52</sup> Kornai, J. (1995), S. 288-291.

das Management dieser Unternehmen in die Lage versetzt, möglichst leicht zu erfüllende Planaufgaben durchzusetzen. Auf diese Weise finden sich fiktive Produktionskennziffern, die lediglich auf dem Papier auf vollerefüllte oder überfüllte Planaufgaben existieren. Handelt es sich hierbei um Inputfaktoren für andere Unternehmen, fehlt diesen die entsprechende Menge an geplanten Produktionsmitteln. Da auch Konsumgüter von diesen Verhaltensweisen betroffen sind, macht sich Mangel auch bei diesen bemerkbar. Hierin zeigt sich das systemtypische Phänomen des sogenannten „*soft budget constraint*“ staatssozialistischer Unternehmen, das für diese ohne wesentliche ökonomische Konsequenzen bleibt. In Hinsicht darauf versuchte Kornai Anfang der 80er Jahre, vom Boden der neoklassischen Ökonomie aus einer Mangelwirtschaft<sup>53</sup> in Sozialismus abzuleiten, indem er sie auf dessen Ineffizienz zurückführt. Diese Ineffizienz besteht erstens in den fehlenden Signalfunktionen der Preise, die den Ausgleich von Angebot und Nachfrage verhindern und generell eine Fehlallokation bewirken, weil keine Nachfragepreise in der sozialistischen Planwirtschaften existiert. Zweitens resultiert sie aus direkten Eingriffen der Planungsbürokratie in die Entscheidungen der Unternehmen und eine bürokratische Manipulation von Ressourcen oder Koordination der Produktionsmengen muss diese Effekte noch verstärken. Drittens und als letztes Kriterium gilt sie bei unwirtschaftlicher Betriebsführung als fehlende ökonomische Sanktion, die als ein systemtypisches Phänomen von „*soft budget constraint* (weichen Budgetrestriktion)“, die die Unternehmen vor den ökonomischen Konsequenzen ineffizienten Wirtschaftens schützt und die Überschussnachfrage nach Gütern stimulieren. Wenn eine weiche Budgetbeschränkung überhaupt noch in ehemaligen Planwirtschaften oder in den Transformationsökonomien existiert, bleiben auch ineffiziente staatliche Betriebe und deren ineffiziente Kontrolle am Leben erhalten.

Mangelnde Produktionsqualität ist ein weiteres Zeichen systemspezifischen Mangels an Ressourcen. Können Planaufgaben auch im Wege von Qualitätsminderungen erfüllt oder übererfüllt werden, setzt sich dieser Prozess bis hin zu den Endprodukten fort, einschließlich der damit verbundenen negativen Rückkoppelungseffekte.

Infolge mangelnder Sortimentsvielfalt, die u.a. ihrerseits wiederum das Ergebnis systembedingten Verhaltens des Managements ist, haben sozialistische Unternehmen unter diesen Ordnungsbedingungen kaum eine oder keine Wahlmöglichkeit bei der Beschaffung benötigter Inputfaktoren.

---

<sup>53</sup> Kornai hat den Mangel eines der zentralen Themen in *Anti-Equilibrium (Anti-Äquilibrium)* [1971] (1975) und *Economics of Shortage* (Die Mangelwirtschaft) (1980) bezeichnet, derer Ideen zu diesem Thema sich im Laufe mehrere Jahrzehnte der Forschungsarbeit mehrmals geändert haben, zum Teil durch den Einfluss anderer Autoren und zum Teil durch Debatten, die durch seine Arbeiten ausgelöst wurden.

Als weiterer Grund für systemtypische Mangelerrscheinungsformen von Ressourcen in sozialistischen Planwirtschaften wird die zeitliche Inkongruenz oder Verzögerung infolge eventueller Lieferausfälle zwischen Lieferanten einbezogen, die sich aus der strengen Plananbindungen und der herrschenden monopolistischen Branchenstrukturen ergibt. Eine Gefährdung jeweiliger eigener Planerfüllung kann nur dann verhindert werden, wenn ein Unternehmen über entsprechende Reserven verfügt, um Lieferausfälle überbrücken zu können.

Letztlich ergibt sich der systemtypische Mangel an Ressourcen auch daraus, dass Inputfaktoren oftmals nicht am „rechten Ort“ verfügbar sind, weil der Allokationsprozess aufgrund zentraler bestimmter genereller, spezieller oder zwecks des Planvorhabens ziemlich gestört oder verwirrt werden kann.

Zusammenfassend entfaltet das Management staatssozialistischer Unternehmen zwecks Minimierung des Risikos, prämienrelevante Planaufgaben nicht erfüllen zu können, in exzessiver Weise Nachfragen nach Arbeitskräften und Produktionsmitteln aller Art. Das Phänomen exzessiver Nachfrage auch nach Arbeitskräften, das eine um so bequemere Planerfüllung bei vergleichsweise langsamer Arbeitsgeschwindigkeit und geringem Grad an Arbeitsanstrengungen erreichen kann,<sup>54</sup> erzeugt in den einzelnen Unternehmen Anreize zu Lohnerhöhungen und damit Lohnkostensteigerungen, um z.B. dadurch Abwerbungsversuchen anderer Unternehmen zu begegnen. Durch das Zusammenwirken dieser Faktoren wird somit ein Klima allgemeiner Mangel von Gütern und Leistungen erzeugt.

Auch generieren die auf dem unternehmerischen weichen Leistungsverhalten“ beruhenden Anreizstrukturen in sozialistischen Planwirtschaften in systemtypischer Weise einerseits exzessives Nachfrageverhalten der Unternehmen nach Produktionsfaktoren und Investitionsmitteln bei gleichzeitigem Mangel an Gütern aller Art andererseits. Diese Erscheinungen von Ressourcenknappheiten resultieren zudem aus jener ideologisch begründeten, quantitativ orientiertes Wachstum fördernden Wirtschaftspolitik. Unter dieser Wachstumspolitik orientiert sich die Ausschüttung von Prämien bei Betriebsleitern oder Beschäftigten hauptsächlich an die Erfüllung und Übererfüllung der Plankennziffern, während die für eine plangerechte Produktion aufzuwendenden Kosten, insbesondere auch jene, die durch negative externe Effekte verursacht werden, kaum eine Rolle spielen. Da die hiermit verbundenen unternehmensinternen Kosten kaum zur Leistungsbewertung herangezogen werden, d.h. die Zielfunktion staatssozialistischer Unternehmen der Planerfüllung hiervon nicht oder nicht wesentlich tangiert

---

<sup>54</sup> Klein, W., S. 96 : Das heißt eine niedrige Arbeitsproduktivität. Unabhängig von Arbeitsproduktivität schwächt eine ideologisch begründete und offiziell dem Leistungsprinzip folgende faktisch aber relativ egalitäre Lohnpolitik die Leistungsmotivation auch der Leistungswilligen.

wird, ergeben sich hieraus Tendenzen zu relativ kostenintensiver Produktion, d.h. Volkswirtschaftspläne im Hinblick auf die Produktionsstrukturen, die den entsprechenden Mangel an Ressourcen hervorbringen. Diese ineffiziente Verhaltensweise werden als interdependente Eigenschaften der Planungsökonomie wegen prinzipiell fehlender Haftung für dieses Verhalten eventuell entstehende Verluste via Subventionen, reduziertes Steuersätze oder Gewährung höherer Outputpreise sozialisiert.

### 3.2. Geldüberhang

Aufgrund des Mangels oder der Mangelerscheinung im sozialistischen System geben die Leute das Geld für den beabsichtigten Einkauf während der Wartezeit nicht aus. Es findet also ein durch den Mangel verursachtes Zwangssparen statt. Vielleicht war die Zwangssparnis nicht beabsichtigt, vielleicht hat der Käufer es tatsächlich nur versäumt, das Geld sinnvoll auszugeben, und auch später hat sich keine attraktive Ausgabemöglichkeit ergeben. Wenn das Zwangssparen ein kumulativer Prozess wird und sich mehr und mehr Zwangssparnisse in den Händen der Haushalte ansammelt, bewegt sich die Haushaltssphäre hin zu einem Zwangsanpassungsgleichgewicht<sup>55</sup> und es erlaubt eine tatsächliche Überschussnachfrage.

Ein Geldüberhang wird dadurch ausgelöst, dass sich eine Überschussnachfrage in der Sphäre der Verbrauchsgüter und Dienstleistungen ausgedehnt und darin soziale Spannung schafft. Andererseits können Haushalte einen Teil ihres Geldes im formellen und informellen Privatsektor ausgeben, d.h. auf dem legal erlaubten freien Markt oder auf dem grauen oder schwarzen Markt. Die parallelen Märkte mögen (ganz oder teilweise) in der Lage sein, Zwangssparen zu verhindern.

Die Käufer sind durch die Frustration ihrer ursprünglichen Kaufabsichten verbittert. Diese Bitterkeit bringt sie dazu, sich abzufinden und anzupassen. Mangelerscheinung oder Mangel als umfassende Bedeutung bezeichnet nicht nur Überschussnachfrage, nämlich unerfüllte Kaufabsichten, sondern auch alle Formen der erzwungenen Anpassung sowie erzwungen Änderung von Absichten wie auch tatsächliche Handlungen (d.h. erzwungene Substitution, Suche, Aufschub und Zwangssparen).<sup>56</sup> In diesem Prozess findet die Hortungstendenz von Gütern statt. Je unsicherer die Aussichten sind, Güter zu erlangen, desto intensiver müssen die

---

<sup>55</sup> Man kann von einem Mangelgleichgewicht als einem Synonym für normalen Mangel sprechen. Natürlich befindet sich eine Mangelwirtschaft in diesem engeren Sinne nicht im Gleichgewicht. Es entsteht in gewissen Perioden und gewissen Bereichen der Wirtschaft eine bestimmte Art des aggregierten Gleichgewicht, das als Zwangsgleichgewicht bezeichnet wird.

<sup>56</sup> Vgl. Kornai, J. (1995), S. 257-284.

Käufer horten. Die Tendenz zum Horten erscheint in Firmen, hausfinanzierten Institutionen und Haushalten. Die Mangelercheinungen und die Unsicherheit, was das Erlangen der Materialien angeht, veranlasst den Käufer zum Horten und den Produzenten zum Aufbau von großen Inputlagern. Mangel an Gütern bildet daher, wie beobachtet, eine Reihe von Warteschlangen sowie schwarzen Märkten, wo der Tauschhandel von Gütern gegen Gütern ausgehandelt wird. Diese Tatsache bringt es hervor, dass die Vermögenshaltung sich nicht auf Geld, sondern auf Gütern bezieht. Das Horten von Gütern wird zum konstruktiven Merkmal der Planungsökonomie.<sup>57</sup> Damit halt der ressourcenorientierte Charakter der Budgetbeschränkung Güter als Vermögenshaltung, d.h. ein Teil der Verfügung über Ressourcen dient Vermögensbildung, wobei die Unternehmen und Wirtschaftssubjekte Güter als nicht Konsumzweck, sondern als Wertaufbewahrungszweck halten. Ressourcen liefert daher dem ökonomischem System die generelle Knappheitsbedingung, die das Überschussangebot an Geld widerspiegelt.

Der Teil der Verfügung über Ressourcen als der Aufbewahrungszweck entzieht einer produktiven Verwendung, wodurch wiederum das Angebot an Gütern verschlechtert und die Nachfrage nach Gütern erhöht wird. Dieser Prozess als Inflation bewirkt eine Verschlechterung der nationalen Währung als Transaktions- und Wertaufbewahrungsmittel. Dadurch erhöht sich die Nachfrage nach Gütern auf dem Schwarzmarkt und stabiler ausländischer Währung. Als Folge findet eine Abwertung statt, die eine Verteuerung der Importe und Gütern des Endverbrauchers mit sich bringt.

Beim Mangel an Gütern und Geldüberhang in sozialistischen Planwirtschaften ist es nicht möglich, Preise und die angebotene Menge zu erhöhen, weil die Preise und die Menge nur durch die Zentralbehörde kontrolliert werden kann. Im Gegensatz dazu bewirkt Nachfrageüberhang im Kapitalismus einen Anstieg des Preises und eine Ausdehnung der Produktionsmenge. Zu großes Angebot hat daher wieder eine Preissenkung zur Folge. Dies wird als Marktmechanismus bezeichnet und wird nach Adam Smith „Unsichtbarer Hand“ automatisch koordiniert.

In Hinsicht darauf müssen aber der Mangel, der Geldüberhang und die Inflation in sozialistischen Planwirtschaften eine Gruppe von Phänomenen berücksichtigen, deren Auftreten nicht einer einzigen Ursache zugeschrieben werden kann. Wie die meisten komplizierten sozioökonomischen Phänomenen bedürfen sie einer multikausalen Analyse.<sup>58</sup>

---

<sup>57</sup> Riese, H. (1990), S. 36.

## 4. Renten und Rentensuche in sozialistischen Planwirtschaften

Ein weiteres Moment für das Versagen sozialistischer Planwirtschaft liegt in der durch die Rentensuche verursachte Fehllenkung der Ressourcen. Die rentensuchende Verhaltensweise ist sicherlich für das Scheitern des Realsozialismus verantwortlich, wobei die Verteilung der wirtschaftlichen Befugnisse und Einkommen nicht durch die ökonomisches, sondern durch politisches Interesses oder aber von politischen Einflusskräften bestimmt war. Im folgenden wird erklärt, was das „*Rent-Seeking-Verhalten*“ bedeutet und wie oder warum dieses Verhalten das Scheitern der sozialistischen Planwirtschaften mit sich brachte.

### 4.1. Die *Rent-Seeking*-Theorie

Das grundlegende Erkenntnisinteresse der maßgeblich von Tullock inspirierten *Rent-Seeking*-Theorie zielt darauf ab, die Bedingungen für die Erzielung „unproduktiver“ Einkommen zu klären. Die Rente repräsentiert also den Differenzertrag zwischen den Opportunitätskosten, und dem entgangenen Ertrag aus dem alternativen Gütereinsatz. Das Streben nach Renten kann als zeit- und raumunabhängiges Interesse unterstellt und nachgewiesen werden. Als maßgebliches Kriterium dient der Wettbewerbs- bzw. Monopolgrad der wirtschaftlichen Umstände der Einkommenserzielung.<sup>59</sup>

Nach Leibenstein's "*X-Effizienz- und Tullock's Rent-Seeking-Theorie*" wird so geschrieben, „*excess costs increase the social cost of monopoly and result in welfare losses that are more important than the relatively trivial estimates of the allocative inefficiency losses. If either or both of these theories are correct, the traditional economic rationale for condemning monopoly and supporting pro-competitive policies must be supplemented by considering the welfare effects of excess costs*“.<sup>60</sup> Unter diesen Umstände stelle ich diese intensiven Kosten mit einer graphischen Abbildung II-1 dar, die sich auf *X-Ineffizienz* und *Rent-Seeking* bezieht, um die durch Monopolverhaltensweise verursachte Wohlfahrtsverluste zu bestimmen. Comanor, W. S. und Leibenstein, H.<sup>61</sup> haben argumentiert, dass ein Monopol in nicht regulativen Situationen zur einer Rente und auch zur keiner Minimierung der Kosten führt. Durch Transfer von Monopol- zu Konkurrenzmärkte können sich zwei Effekte ergeben.

---

<sup>58</sup> Vgl. Kornai, J. (1995), S, 295.

<sup>59</sup> Vgl. Buchanan, J. M. (1980), S. 3-15.

<sup>60</sup> Formby, J. P./J. p. Keeler/P. D. Thistle, (Hrsg.), (1988), S. 115.

<sup>61</sup> Vgl. Comanor, W. S./ Leibenstein, H. (Hrsg.), (1969), S. 304-309.

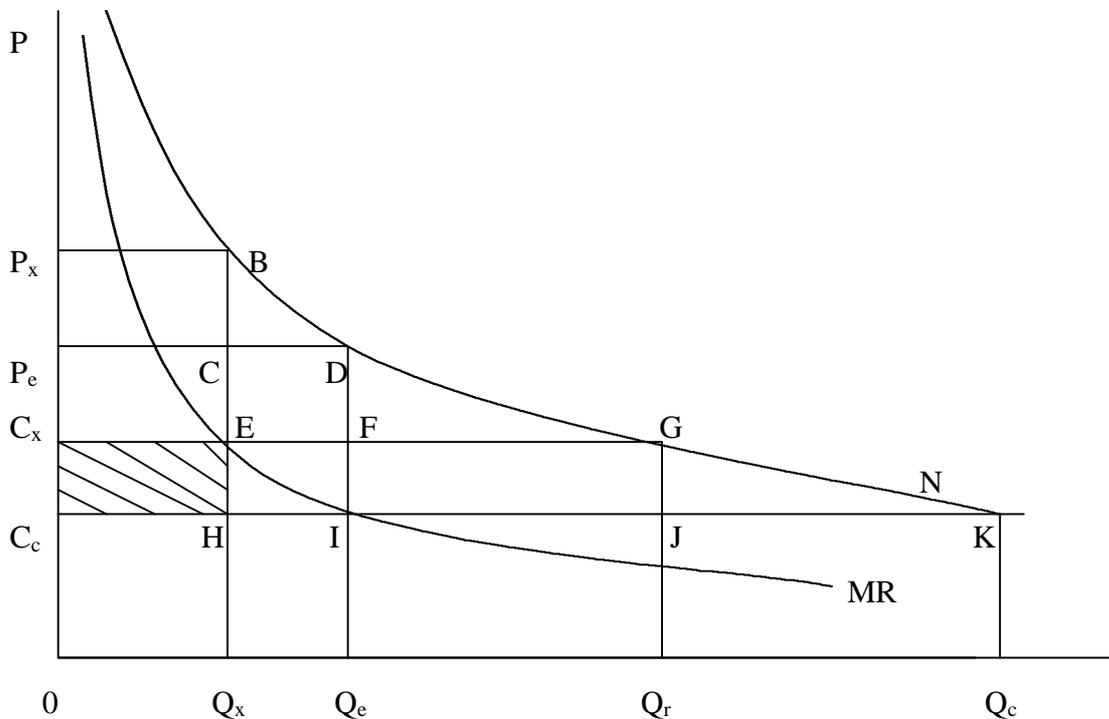
- (1) Die Beseitigung der Monopolrente
- (2) Reduzierung der Kosten je Einheit.

Nach der Darstellung von Comamor und Leibstein in Abbildung II-1 sind die Kosten einer Einheit beim Monopol  $C_x$  und Preis  $P_x$  sowie Output  $Q_x$ , wobei N Nachfragekurve und GK Grenzkosten bezeichnet. Dadurch werden die ökonomisch-monopolischen Rente von  $P_xBEC_x$  und die soziale Kosten von  $BEG$  hervorgebracht. Da der Preis im Konkurrenzmarkt den Grenzkosten entspricht, ergibt sich der Konkurrenzpreis  $C_c$  und entsprechend Output  $Q_c$ .

Durch Transfer von den Monopol- zu den Konkurrenzmärkten erhöhen sich die Konsumentenüberschüsse von  $P_xBGC_x$ , die aus der sich durch Transfer von Monopolrente ergebende Konsumentenrente von  $P_xBEC_x$  und den sozialen Gewinnen von  $BEG$  bestehen., die aus den Rückgewinnen allokativer Wohlfahrtsverluste resultiert.

Im Vergleich dazu argumentierte Leibenstein zudem, dass ein Unternehmer bei der Struktur der Konkurrenzmärkte mehr effiziente Effekte erreichen kann, indem X-Ineffizienz beseitigt wird und damit die niedrigeren Kosten erzielt werden können.

Abbildung II-1 : Darstellung von Comamor und Leibenstein



Nach längerer Frist nähert sich die Kosten dem Konkurrenzniveau  $C_c$  an, wo nach der Analyse von C-L das Konkurrenzgleichgewicht mit dem Preis von  $C_c$  und dem Output von  $Q_c$  herrscht. Im Konkurrenzgleichgewicht finden die zusätzliche Konsumentenüberschüsse von

$C_X G K C_C$  statt, die sich wiederum in den allokativen Gewinne von GJK und in die Konsumentenrente von  $C_X G J C_C$  gliedern, die aus der Reduzierung der Kosten je Einheit folgen. Die gesamten Gewinne in der Wohlfahrt, die aus dem Transfer des Monopols resultieren, machen die allokativen von BHK und die X-Effizienz-Gewinne von  $C_C C_X E H$  aus. Hier gilt die schraffierte Fläche von  $C_C C_X E H$  als sogenannte soziale Kosten der *X-Ineffizienz*<sup>62</sup> des Monopols. Diese X-Ineffizienz des Monopols bindet die ebenso wie die Rentensuche knappe Ressourcen,<sup>63</sup> die für den produktiven Gütereinsatz fehlen und somit die Wohlfahrtsverluste erhöhen.

Die allokativen Ineffizienz führt „*ceteris paribus*“ zu noch höheren Monopolpreisen und geringeren Angebotsmengen, mithin auch zu einem höheren Verlust an Konsumentenrente im Vergleich zu den Werten, die sich bei annahmegemäß gleichen Kosten zwischen Monopol- und Wettbewerbsmärkten ergeben. Dementsprechend fallen auch die empirischen Berechnungen der Wohlfahrtsverluste als Folge einer Kombination von „*rent-seeking*“ und X-Ineffizienz beträchtlich höher aus als die zuerst von Harberger<sup>64</sup> ermittelten Beträge.

Aufgrund der mangelnden Wettbewerbskontrolle neigen Monopole dazu, ineffizient zu wirtschaften, d.h. vergleichsweise zu den Anbietern auf Wettbewerbsmärkten mit höheren Kosten zu wirtschaften .

In Monopolmärkten erleiden die Nachfrager Wohlfahrtsverluste, die sich analytisch gesehen in Form von Einbußen an Konsumentenrente und der Zahlung höherer Preise bei geringerer Angebotsmenge erfassen lassen, ähnlich wie bereits dargestellt im Transfer der Monopolrente.

Die Aussicht auf solche Renten stimuliert die Produzenten dazu, dauerhafte und nichtbestreitbare Monopolstellungen zu erreichen und zu sichern. Die Mittel dazu sind die Organisation von Kartellen oder der Erwerb staatlich abgesicherter Monopolrechte. Dafür sind jedoch Ressourcen aufzuwenden, deren Einsatz aus volkswirtschaftlicher Sicht als Güterverschwendung zu bewerten ist. Denn dieser Gütereinsatz trägt nicht zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung bei, sondern dient einzig dazu, Monopolpositionen und damit den Transfer von Monopolrenten zu erreichen und zu stabilisieren.

---

<sup>62</sup> Vgl. Leibenstein, H. (1966) , S. 392-415.

<sup>63</sup> Formby, J. P./J. p. Keeler/P. D. Thistle; (Hrsg.), (1988), S. 120 : A key distinction in comparing the welfare effects of X-inefficiency and rent-seeking ist that real resources are always devoted to the acquisition and protection of artificially contrived transfers under rent seeking.

<sup>64</sup> Harberger, A. C. (1954) : S. 77-87.

Die Einsicht, dass sich Monopole und Verteilungskartelle in sozialistischen Ländern gebildet haben, und die damit verbundenen negativen allokativen und distributiven Effekte sind gesamtwirtschaftlich keinesfalls belanglos.<sup>65</sup>

#### 4.2. Rentensuche in sozialistischen Planwirtschaften

Obwohl die sozialistischen Systeme durchgängig als Staatswirtschaft mit hochkonzentrierten und sogenannten monopolistischen Angebotsstrukturen organisiert waren, sind in bisherigen Anschauungen die „*Rent-Seeking-Verhaltensweise*“<sup>66</sup> übersehen worden. Nachfolgend wird diese Theorie auf die spezifischen Ordnungsbedingungen sozialistischer Wirtschaftssysteme anzuwenden versucht.

Die marxistisch-leninistische Ideologie, in der das Streben nach Renten für den Sozialismus als überwunden galt, wurde von Anfang an mit dem Anspruch legitimiert, dass es durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel weder Renten in Form etwa des Besitzeinkommens aus Kapital - und Bodeneigentum noch in sonstigen monopolbedingten Formen gibt. Dieser Anspruch wurde durch das Argument der bewussten staatlichen Planung der Wirtschaftsprozesse unterstrichen, welches die staatliche Planung der Preise und Einkommen umfasst. Die Preise spiegeln in den sozialistischen Ländern den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand und die gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten (einschließlich des gesellschaftlichen Reineinkommens und eines Durchschnittsgewinns) wider. Die staatlichen Preisämter konnten bei der Preisfestsetzung weder den notwendigen Aufwand noch die bei diesem Preiskonzept implizit verlangten Bewertungen der Nachfrager kennen, da sie sich auf die von den Betrieben zur Verfügung gestellten Preiskalkulationen stützen und insoweit nur den Kostenaspekt der Preise berücksichtigen konnten.<sup>67</sup>

Unter diesen Umstände werden gleichsam die Preise und Einkommen planmäßig bestimmt, während sie sich auf Wettbewerbsmärkten spontan ergeben. Die planmäßige Preisbestimmung sollte insofern die Basis für Einkommen oder Renten bilden, in der sich die reine Theorie oder Ideologie der sozialistischen Planwirtschaft widerspiegelt.

Die realen Preise spiegelten daher betriebliches und individuelles Interesse wider, die keiner wirksamen Kontrolle etwa durch die Marktgegen- oder Marktnebenenseite unterlagen. Be-

---

<sup>65</sup> Leipold, H. (1991b) , S. 230-231.

<sup>66</sup> Vgl. Ebd., S. 230-234.

<sup>67</sup> Ebd., S. 233.

kanntlich waren oder sind die Angebotsstrukturen in allen sozialistischen Ländern hochkonzentriert. Übersetzt in die marktwirtschaftliche Terminologie, handelt es sich bei dem Großteil der Preise also faktisch um quasi-monopolistische Preise. Die realen Preise wichen beträchtlich von dem als Kriterium für wettbewerbsadäquate Preise dienenden und planmäßig angestrebten gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand ab. Das Preissystem im engeren Sinne und das Verteilungssystem im weiteren Sinne (einschließlich Abgaben, Löhne, Subventionen) waren oder sind also von monopolartigen Renten durchsetzt.<sup>68</sup>

Der bevorzugt formale Weg verlief über die von Anbieterinteresse bestimmten Preise und über diverse Abführung der Betriebe an den Staatshaushalt, dessen Mittel wiederum die bevorzugten Objekte der bürokratischen Begierde waren. Daneben war es den staatlichen Behörden möglich, Mittel im Wege direkter Anweisungen oder Zugriffe aus dem Verfügungsbereich untergeordneter Produktions- und Handelsbetriebe für eigene Zwecke zu kommandieren. Schließlich gab es auf zentralen und dezentralen Ebenen Gelegenheiten, sich illegal über Bestechungen, Schiebereien oder Schwarzmarktsgeschäften zu bereichern.<sup>69</sup>

In Bezug darauf richtet die Rent-Seeking-Theorie ihr Augenmerk weniger auf den Transfer von Renten als vielmehr auf die Anstrengungen zur Erreichung und Sicherung von Monopolpositionen und auf die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Kosten. Krueger (1974) hat hinsichtlich dieser Umstände behauptet, *“she makes this point even more emphatically when she points out that when rent seeking takes the form of bribes to government officials, real resources will be wasted by who then compete for scarce government jobs which make it possible to access the bribes“*.<sup>70</sup>

Für die sozialistischen Planwirtschaften als Indikatoren des gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlustes geht es um die für Marktwirtschaften ermittelten Kosten in Form erstens der Einbuße an Konsumentenrente, zweitens des unproduktiven Gütereinsatzes zur Sicherung von Monopolstellungen und drittens der den Monopolen eigenen allokativen X-Ineffizienz.<sup>71</sup> Freilich weist die Rentensuche hier andere Formen und Ausmaße auf. Die These von Buchanan,<sup>72</sup> wonach *„rent seeking activity is directly related to the scope and range of governmental activity in the economy...“*, sollte für die sozialistischen Planwirtschaften besonders relevant sein. Denn dies waren Volkswirtschaften, in denen der Staatssektor mehr als 90 v.H. des Volkseinkommens erwirtschaftete, in denen mehr als 60 v.H. des Volkseinkommens über den einheitlichen Staatshaushalt gelenkt und umverteilt wurde und in denen die Leitung

---

<sup>68</sup> Leipold, H. (1991b), S. 233.

<sup>69</sup> Ebd., S. 233-234.

<sup>70</sup> Formby, J. P./J. p. Keeler/P. D. Thistle (1988), S. 120.

<sup>71</sup> Vgl. Formby, J. P./J. p. Keeler/P. D. Thistle (1988), S. 121-122.

<sup>72</sup> Buchanan, J. M. (1980), S. 9.

hochbürokratisiert und die Anbieterstrukturen hochkonzentriert waren. Herrschaft und Einfluss von Partei und Staat in diesen Volkswirtschaften waren bekanntlich allumgreifend und gesetzlich sowie personell abgesichert. Demgemäss erscheint es in grober Annäherung zulässig, die sozialistischen Gesellschaftsordnungen in eine herrschende Schicht der Nomenklaturen und in eine nichtherrschende Schicht der Bevölkerung zu unterteilen.<sup>73</sup>

Unter diesen Umstände interessieren sich die Leute in den sozialistischen Ländern, gleichgültig, ob sie sich in der herrschenden Schicht der Nomenklaturen oder in den nicht herrschenden Schicht der Bevölkerung befinden, lediglich für die hohen Renten und Einkommen oder die umfangreichen Privilegien und Befugnissen. Doch die Chancen dafür waren leider ungleich verteilt und der Einfluss auf den politischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess war entscheidend. Dabei waren die Mitglieder der Nomenklatura gegenüber den nichtherrschenden Schichten eindeutig vorteilhaft. Daher versuchten die herrschenden Schichte die hierarchisch abgestuften politischen Machtbefugnisse zugunsten der organisierten Rentensuche auszunutzen und zu missbrauchen, weil die Rentensuche Machtbefugnisse, relativ hohe Einkommen und diverse Privilegien sicherte. Dazu gehörte insbesondere die bevorzugte Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, wie z.B. mit Wohnungen, Westgütern, Reisen, Jagdrevieren oder Studienplätzen für Kinder. Da in den meistens sozialistischen Ländern Mangelwirtschaft herrschte, musste die individuelle Nutzung der bevorzugten Versorgung eine bedeutende Rolle spielen.

In Bezug darauf können sich die Befugnisse und Privilegien, die an die Mitgliedschaft zur Nomenklatura gebunden waren, kategorial als den Begriff der „Positionsrente“ ausdrücken. Aufgrund der sozialistischen Ordnungsbedingungen, d.h. der zentralisierten Verfügung über Kapital und Arbeit, umfasste diese Rente verschiedene funktionale Einkommenselemente, damit also auch die im Sozialismus als überwunden postulierten Besitzrenten. Der mit der monopolisierten Leitungs- und Anbieterstruktur verbundene Verluste an Konsumentenrente kommt indirekt im einem vergleichsweise niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung zum Ausdruck.<sup>74</sup>

Neben den bekannten planwirtschaftlichen Anreiz- und Kontrolldefiziten dürfte das Versagen in den sozialistischen Ländern maßgeblich aus dem unproduktiven, auf Rentensicherung gerichteten Gütereinsatz resultieren. Innerhalb diesen Ordnungen unterlag die Güterlenkung dem Primat der Politik. Insofern politische und wirtschaftliche Interessen und deren Bedienung untrennbar verbunden waren, hängt die Wirtschaftsstruktur folgerichtig von der politi-

---

<sup>73</sup> Leipold, H. (1991b), S. 234.

<sup>74</sup> Vgl. Ebd., S. 235.

sche Machtstruktur ab. Die Ursache dafür liegt in der politischen und nicht in der ökonomischen Natur.

Die herrschenden Schichten oder die staatlichen großen Apparate symbolisierten Machtpositionen und zielten darauf ab, im Planungs- und Verteilungsprozess großzügige Zuteilungen an Kapital, Material, Arbeitskräften, Devisen oder westlichen Importgütern zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Erst durch diese Zuteilungen konnten sie die Basis aufrechterhalten, ihren politischen Einfluss und damit auch wirtschaftliche Privilegien erweitern und bewahren. Unter dieser Situation, die sich als Verbund von politischer und wirtschaftlicher Macht ausdrückte, konnten die Staatsverwaltungen und Großbetriebe nicht unter wirksame Kontrolle gebracht werden. In diesem Kontext konnte verstanden werden, dass knappe Mittel intensiv eingesetzt und genutzt werden konnten und weshalb beträchtliche X-Ineffizienz die zwangsläufige Konsequenz waren. Dies zeigt sich daran, dass die sozialistische Staatswirtschaft eine niedrige Arbeitsproduktivität hat. Der erst seit den Veränderungen in 1989 in allen sozialistischen Ländern in seinem ganzen Ausmaß bekanntgewordene Kontrast zwischen den Privilegien weniger Branchen und Personen auf der einen Seite und dem desolaten Zustand der restlichen Bereiche, der Infrastruktur und den Realeinkommen der breiten Bevölkerungsmehrheit auf der anderen Seite, rundet das Verständnis des Sozialismus als hochgradig rentensuchenden Ordnung ab. Die sozialistischen Systeme waren oder sind entgegen ideologischen Ansprüchen gleichsam Paradiese für die unproduktive Rentensuche.<sup>75</sup>

Zusammenfassend ist die durch die Rentensuche verursachte Fehllenkung der Ressourcen zweifellos maßgeblich für das Scheitern des Realsozialismus verantwortlich. Wichtiger als die ökonomische Dimension ist für die hier ausstehende Frage jedoch die politische Dimension der Rentensuche. Die Analyse der sozialistischen Wirtschaftssysteme mit dem Instrumentarium der Rent-Seeking-Theorie sollte aufzeigen, dass die Verteilung der wirtschaftlichen Befugnisse und Einkommen durch das politische System und von politischen Einflusskräften bestimmt war. Von daher wäre es illusorisch, wenn man diese angestrebte Transformation der Wirtschaftsordnung losgelöst von der politischen Ordnung untersuchen wollte. Der Übergang von Plan- in Marktwirtschaften kann nur dann gelingen, wenn auch gewachsene Macht- und Interessenstrukturen grundlegend verändert werden.<sup>76</sup>

---

<sup>75</sup> Vgl. Leipold, H. (1991b), S. 236-237.